

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Land)

11. Sitzung

15.04.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Land)

11. Sitzung

am 15. April 2016

Börsenhof A, Raum 416

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Güngör (SPD)
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
Abg. Herr Hinners (CDU)
Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Özidal (CDU)
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Herr Schmidt (SPD)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Tuchel (SPD)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Herr Meyer)	
Herr Fehren)	
Frau Dr. Krause-Nicolai)	
Frau Dr. Saebetzki)	
Frau Kreitz)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Steinkopff)	
Frau Bleiker)	
Herr Schneider)	
Frau Schüttrumpf)	
Frau Oberdörfer)	
Frau Sokol)	vom Rechnungshof
Herr Meyer-Stender)	
Herr Schittkowski		vom Senator für Inneres und Sport
Herr Mackeben		vom Senator für Kultur
Frau Wolff		von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Herr Runge		vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Herr Schwier)	vom Senator für Justiz und Verfassung
Herr Kneisel)	Praktikant
Herr Ullrich)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Helmsdorf)	
Frau Grewe-Wacker)	
Frau Milanova))	
Frau Kretschmer)	
Frau Rauscher		von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Herr Weyand		vom Statistischen Landesamt Bremen
Frau Rautenberg		von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Radtke		vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Czellnik		von der Wirtschaftsförderung Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.25 Uhr.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet darum, zukünftig die Vorlagen rechtzeitig mit der Sitzungseinladung zu versenden und auf einen Nachversand der Vorlagen nur in begründeten Ausnahmefällen zurückzugreifen.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 8. Sitzung vom 17. Februar 2016

Abg. Eckhoff erklärt, das Protokoll dieser Sitzung sei in Anbetracht der noch fehlenden Anlage 1 nicht vollständig. Er schläge deshalb vor, diesen Tagesordnungspunkt auszusetzen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

2. Protokoll der 9. (Sonder-) Sitzung vom 25. Februar 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 25. Februar 2016.

3. Protokoll der 10. Sitzung vom 11. März 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung auszusetzen.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 11. März 2016 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin, die Ressorts auf Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

2.2 Haushaltsberatungen 2016/2017 Terminplanung und Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen - Vorlage: Schreiben des Ausschussreferenten vom 18. März 2016 und Entwurf einer Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen -

Abg. Rupp kritisiert, dass die bislang in den Deputationen beratenden Haushaltsvorlagen nicht vollständig gewesen seien. Auch sei bis zum heutigen Tage den Deputationen der sogenannte Flüchtlingshaushalt mit den entsprechenden Integrationsmitteln nicht übermittelt worden. Auf dieser Grundlage sei es für die Deputationen schwierig, ihrer beratenden Aufgabe bei der Aufstellung ihres Haushaltsplans gerecht zu werden.

Herr Schneider antwortet, dass es sich bei dem sogenannten Integrationshaushalt um Integrationsmaßnahmen aus dem Integrationskonzept handle. In der Sache vertrete der Senat dazu die Auffassung, dass es sich bei der Flüchtlingskrise um eine außergewöhnliche Notsituation handle, die sich der Steuerung durch die Freie Hansestadt Bremen entziehe. Für die Haushalte 2016/2017 bestehe nunmehr die Problematik, eine Bereitstellung der notwendigen Integrationsmittel zur Deckung der Flüchtlingskosten sicherzustellen und für einen zielgerichteten Einsatz dieser Mittel zu sorgen. Letzteres sei in Anbetracht der Zeitenge und der aktuell deutlich zurückgehenden Flüchtlingszahlen schwierig, sodass sich der Senat dazu entschlossen habe, die Integrationsmittel in den Haushaltsjahren 2016/2017 jeweils pauschal zu veranschlagen. Für das Jahr 2016 seien dies 325 Millionen Euro und für das Jahr 2017 270 Millionen Euro. Die genaue Aufteilung dieser Haushaltsanschlüsse in flüchtlingsbezogene Sozialleistungen (gesetzlich vorgeschriebene Leistungen), konsumtive Globalmittel (zum Beispiel Mieten und Sachkosten) und Investitionen (zum Beispiel für den Bau von Flüchtlingsunterkünften), werde das Finanzressort im Rahmen einer Anlage (**Anlage 1**) dezidiert darstellen.

Eine Entscheidung über die konkrete Mittelverwendung dieser pauschal veranschlagten Beträge liege weiterhin beim Parlament bzw. Haushalts- und Finanzausschuss. Dieser könne dann auf Grundlage von unterbreiteten Vorschlägen der Fachressorts, je

nach weiterer Entwicklung der Flüchtlingskrise, über die genaue Schwerpunktsetzung der Mittelverwendung entscheiden.

Abg. Herr Leidreiter beantragt unter Bezugnahme auf Ziffer 4 des Entwurfs einer Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land/Stadt) den zweiten Absatz dahingehend zu ergänzen, dass der Ausschussreferent auch auf Bitten einer Gruppe berechtigt ist, nach Versand der Einladung Tageordnungspunkte nachzutragen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und FDP den Antrag des Abgeordneten Herrn Leidreiter abzulehnen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und FDP gegen die Stimme des Ausschussmitglieds der Gruppe ALFA, die Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt).

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt, die Haushaltsberatungen 2016/2017 am Dienstag, den 31. Mai 2016 von 12.00 Uhr bis circa 19.00 Uhr, am Mittwoch, den 1. Juni 2016, von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, am Donnerstag, den 2. Juni 2016 von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr und am Freitag, den 3. Juni 2016 von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr durchzuführen.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen -

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Zentrales Finanzcontrolling

hier: Jahresbericht 2015

- Vorlage Drs. 139 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Jahresbericht 2015 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis.

2.2 Einführung eines Risikomanagementsystems (RMS) in der Arbeitnehmerstelle des Finanzamtes Bremen-Nord

hier: Berichtsbitte Nr. 30 der Auftragsliste

- Vorlage Drs 140 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis und sieht die laufende Nummer 30 der Auftragsliste als erledigt an.

2.3 Abschlussbericht über die Kosten der Bürgerschafts- und Beirätewahl 2015

hier: Berichtsbitte Nr. 34 der Auftragsliste

- Vorlage Drs.141 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis und sieht die laufende Nummer 34 der Auftragsliste als erledigt an.

2.4 Gründungsstrategie für das Land Bremen

hier: Bericht zur Bestandsfestigkeit neu gegründeter Unternehmen im Land Bremen

- Vorlage Drs.142 L -

Die **Abg. Rupp** und **Abg. Gottschalk** kritisieren, dass bislang keine ausreichende Prüfung der Nachhaltigkeit von Existenzgründungen erfolgt sei. Der Hinweis auf eine vermeintlich fehlende amtliche Statistik übersehe, dass bereits einfache Kontrollanrufe bei den Unternehmen ausreichend seien, um deren weitere Existenz abzufragen.

Abg. Eckhoff schlägt vor, diese Vorlage an die Wirtschaftsdeputation mit der Bitte um inhaltliche Befassung weiterzuleiten. Dort könne dann auch die Problematik der Nachhaltigkeit von Existenzgründungen beraten werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis, er sieht die laufende Nummer 42 der Auftragsliste als erledigt an und bittet den Aus-

schussreferenten, die Vorlage an die Wirtschaftsdeputation weiterzuleiten.

- 2.5 PGR 11.03.02 Staatsanwaltschaft Bremen
Entwicklung der endgültig gesicherten Vermögenswerte aus der Intensivierung der Gewinnabschöpfung aus Straftaten.
hier: Berichtsbitte Nr. 59 der Auftragsliste
- Vorlage Drs.143 L –**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Übersicht über die Entwicklung der endgültig gesicherten Vermögenswerte aus der Intensivierung der Gewinnabschöpfung aus Straftaten zur Kenntnis und sieht die laufende Nummer 59 der Auftragsliste als erledigt an.

- 2.6 Sachstandsbericht über den Stand der Verhandlungen zu den „Innerbremischen Finanzbeziehungen“
hier: Berichtsbitte Nr. 54 der Auftragsliste
- Vorlage Drs.144 L –**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Sachstandsbericht über den Stand der Verhandlungen zu den „Innerbremischen Finanzbeziehungen“ zur Kenntnis.

- 2.7 Inanspruchnahme der Dienste der Kanzlei Mossack Fonseca durch Bremische Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften
hier: Berichtsbitte der Fraktion der FDP
- Vorlage Drs. 158 L –**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht der Senatorin für Finanzen vom 6. April 2016 zur Kenntnis.

3. Sonstiges

- 3.1 Universum Bremen – Nachhaltiges Ausstellungs- und Finanzierungskonzept
- Vorlage Drs.145 L –**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht „Universum Bremen - Nachhaltiges Ausstellungs- und Finanzierungskonzept“ zur Kenntnis und sieht die laufende Nummer 10 der Auftragsliste als erledigt an.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt das vorgelegte Vorgehen zur Verschmelzung der UMG auf die BSC zur Kenntnis.

4. Vollzug der Haushalte gem. Art. 132a Landesverfassung

- 4.1 **PGR: 71.01.03 - Gewerbeflächen / Regionalplanung**
Beauftragung eines integrierten Verkehrskonzeptes für die Übersee-
stadt
hier: Zulässigkeit der Ausgaben im Rahmen der vorläufigen Haus-
haltsführung nach Art. 132a S.1 Landesverfassung
- Vorlage Drs.146 L -

Die **Abg. Eckhoff** und **Abg. Rupp** kritisieren, die babsichtigte Beauftragung eines Verkehrskonzeptes in der haushaltslosen Zeit und halten darüber hinaus dessen Notwendigkeit für fraglich. Insbesondere stelle sich die Frage, warum der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr nicht in der Lage sei, mit eigenem Personal ein entsprechendes Konzept zu erstellen. Die Fraktionen der CDU und DIE LINKE werden deshalb gegen diese Vorlage stimmen.

Abg. Prof. Hilz erklärt, auch die FDP-Fraktion sehe die externe Beauftragung eines solchen Konzeptes, gerade auch während der haushaltlosen Zeit, als kritisch an. Insbesondere stelle sich hier die Frage, warum ein solches Konzept nicht bereits im Haushaltsjahr 2015 erstellt bzw. beauftragt worden sei. Dennoch erachte die Fraktion der FDP ein solches Verkehrskonzept für die Überseestadt als dringend notwendig und werde deshalb der Vorlage zustimmen.

Herr Czellnik erklärt, die Beauftragung eines integrierten Verkehrskonzeptes sei bereits seit längerem beabsichtigt und habe sich wegen einer notwendigen und sehr umfangreichen Grundlagenermittlung zeitlich verzögert. Die Zunahme der Verkehrsströme in der Überseestadt mache eine umfangreiche - sämtliche Verkehrsmittel umfassende - Untersuchung notwendig, die kurzfristig mit eigenem Personal nicht zu leisten sei, da dieses bereits durch andere Projekte zeitlich gebunden sei.

Frau Grewe-Wacker ergänzt, dass eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt auch notwendig sei, da Drittmittel des Bundes, mit dem die Beauftragung teilweise finanziert werden soll, zeitnah abgerufen werden müssen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der Gruppe ALFA, der Beauftragung eines integrierten Verkehrskonzeptes für die Überseestadt in Höhe von 150 TSD € (anteilig 50% aus dem Sondervermögen Überseestadt und

50% aus Bundesmitteln des bremischen ÖPNVGesetzes (BremÖPNVG)) als „weitergehende Ausnahme“ im Sinne von Punkt 4.1 der „Verwaltungsvorschrift zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) 2016 auf der Grundlage der Ermächtigung nach Art. 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (LV)“ zu.

4.2 PGR: 93.01.03 - Steuerähnliche Abgaben
Konzept zur Mittelverwendung aus den Erlösen der Digitalen Dividende II
hier: Mittelbereitstellung im Jahr 2016 und Zustimmung zum Eingehen von Verpflichtungen ab 2017
- Vorlage Drs.147 L –

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig dem Konzept zur Mittelverwendung aus den Erlösen der Digitalen Dividende II zu und nimmt die zu seiner Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig

- bei SWAH der Mittelbereitstellung i.H.v. 1.005 T€ zugunsten einer neuen Haushaltsstelle 0995/892 10-3 „Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SWAH)“ sowie der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.492 T€ mit Abdeckung in den Jahren 2017 in Höhe von 1.127 T€ und 2018 in Höhe von 365 T€ zu.
- bei SKB der Mittelbereitstellung i.H.v. 1.381 T€ zugunsten einer neuen Haushaltsstelle 0995/892 40-5 „Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SKB)“ sowie der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.31 T€ mit Abdeckung in 2017 zu.
- bei SWGV der Mittelbereitstellung i.H.v. 350 T€ zugunsten einer neuen Haushaltsstelle 0995/892 20-0 „Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SWGV)“ zu.
- bei SF der Mittelbereitstellung i.H.v. 383 T€ zugunsten einer neuen Haushaltsstelle 0995/892 30-8 „Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SF)“ zu.

Die Deckung der vorgenannten Ermächtigungen erfolgt aus den vom Bund bereitgestellten bzw. bereitzustellenden Erlösen der Digitalen Dividende II.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Senatorin für Kinder und Bildung, die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und die Senatorin für Finanzen dafür Sorge zu tragen, dass 20 Prozent der Gesamtmittel (1.198 T€) Bremerhaven finanziell oder durch entsprechende Teilhabe an Maßnahmen/Projekten, gemäß den beschlossenen Umsetzungsbereichen und deren finanzielle Aufteilung, zukommen.

Der Haushalts und Finanzausschuss (Land) bittet zur Januar-Sitzung 2017 um einen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Konzepts zur Mittelverwendung aus den Erlösen der Digitalen Dividende II.

**4.4 PGR: 71.01.03 - Innovation / Technologie
Maritimes Cluster Norddeutschland e.V.
hier: Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre
- Vorlage Drs.148 L –**

Abg. Prof. Dr. Hilz erklärt, die FDP-Fraktion begrüße zwar grundsätzlich die Fortführung des Maritimen Clusters Norddeutschland, sehe aber keine Notwendigkeit in dieser Sache bereits jetzt - in der haushaltslosen Zeit - zu entscheiden. Dies könne auch nach Beschlussfassung über die Haushalte 2016/2017 geschehen. Die Fraktion der FDP werde sich deshalb bei der Beschlussfassung enthalten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und des Ausschussmitglieds der Gruppe ALFA bei Enthaltung der Fraktion der FDP der Fortführung der Finanzierung des Maritimen Clusters Norddeutschland ab 2017 und der damit verbundenen Verpflichtung in Höhe von insgesamt 400 T€ bei Hst. 0703/686 17-6 „Förderung von Transferstellen“ zu.

**4.5 Förderprogramm „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“
hier: Ausnahme im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nach Art. 132a Landesverfassung
- Vorlage Drs.149 L –
-Vorlage wird am Freitag von der Finanzverwaltung nachversandt –**

Abg. Eckhoff weist darauf hin, dass nach seiner Kenntnis die zuständige Fachdeputation dieser Vorlage nicht zugestimmt, sondern lediglich nur zur Kenntnis genommen

habe. Er empfiehlt deshalb, die Beratung dieser Vorlage für die heutige Sitzung auszusetzen, um dem Wirtschaftsressort die Möglichkeit zu geben, die noch fehlende und notwendige Zustimmung der Fachdeputation einzuholen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, die Beratung dieser Vorlage für die heutige Sitzung auszusetzen. Im Falle einer Eilbedürftigkeit der Beschlussfassung über diese Vorlage, insbesondere wegen eines drohenden Mittelverfalls, ist der Haushalt- und Finanzausschuss (Land) nach erteilter Zustimmung der Fachdeputation bereit, eine Beschlussfassung im sogenannten Umlaufverfahren nachzuholen.

**4.6 PGR: 91.01.03 Finanzamt Bremerhaven
Neuanmietung der Liegenschaft Rickmersstraße 90 in Bremerhaven
hier: Zustimmung zum Eingehen einer Verpflichtung
- Vorlage Drs.150 L –**

Staatsrat Strehl führt aus, dass die Vorlage im ersten Absatz auf der Seite 3 dahingehend zu korrigieren sei, dass bislang für die Aufgabenverlagerung vom Steueramt zum Finanzamt Bremerhaven noch keine Zustimmung des GPR in Bremerhaven vorliege. Diese Zustimmung werde allerdings gegenwärtig eingeholt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) erklärt sich einstimmig mit der Neuanmietung der Gebäude B und C des bebauten Grundstücks Rickmersstr. 90 in Bremerhaven frühestens zum 01.10.2016 für die Dauer von 20 Jahren einverstanden mit der Maßgabe, dass die Anmietung Schifferstraße 2-8 in Bremerhaven aufgegeben wird.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig im Zusammenhang mit der Anmietung der Liegenschaft Rickmersstr. 90 zu, dass eine Verpflichtung in Höhe der Jahreskaltmieten für die gesamte Mietdauer von insgesamt 10 618 Euro zu Lasten der Haushaltsjahre 2016 (maximal 133 00 Euro), 2017 (maximal 531 000Euro), 2018 (531 000 Euro), 2019 (531 000 Euro) und 2020 (maximal 8 892 Euro) bei Hst. 0955/51801-2, Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume, eingegangen wird.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

- 5.1 Personalmehrbedarf bei den Ausbildungszahlen der Polizei Bremerhaven im Rahmen der Ausbildungsplanung 2016**
hier: Kenntnisnahme der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Vorlage Drs.151 L –

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt zur Kenntnis, dass eine Beschlussfassung in dieser Angelegenheit bereits im Umlaufverfahren am 24. März 2016 erfolgt ist und der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) dieser Vorlage einstimmig zugestimmt hat.

- 5.2 Umsetzung des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung Erneuter Sachstandsbericht auf Basis aktueller empirischer Daten zur Umsetzung des Verkehrsüberwachungskonzeptes, sowie zur Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen aufgrund der Abweichungen zum ursprünglichen Konzept**
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 14 der Auftragsliste
- Vorlage Drs.152 L –

Abg. Hinners erklärt, die CDU-Fraktion kritisiere die Schwerpunktsetzung des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung. Anstatt der Verbesserung der Verkehrssicherheit, diene dieses Konzept vor allem einer fiskalischen Optimierung der Verkehrsüberwachung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet den Senator für Inneres, jährlich im Rahmen des vorläufigen Abschlussberichts Produktgruppenhaushalt (01-13) über die Ergebnisse der Verwarnungs- und Bußgelder aus der Verkehrsüberwachung detailliert zu berichten.

- 5.3 Der öffentliche Dienst im Umbruch? Selbstverständnis öffentlich Beschäftigter und Arbeitgeberbild. Das Beispiel der Freien Hansestadt Bremen**
hier: Welche Konsequenzen sind zu ziehen bzw. welche Maßnahmen sind zu veranlassen?
- Vorlage Drs.153 L –

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die kurze Information über Konsequenzen, zu ziehende Maßnahmen und den derzeitigen Prozessstand zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen im April 2017, zu ei-

nem späteren Zeitpunkt über beschlossene Maßnahmen zu berichten.

6. Bürgschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

**6.3 PGR: 92.01.02 Allgemeine Finanzen (Sonstiges)
Bericht über den Flächenstandard bei Büroräumen der bremischen Verwaltung
hier: Berichtsbitte Nr. 19 der Auftragsliste
- Vorlage Drs. 157 L -**

Abg. Liess bittet, der SPD-Fraktion auf direktem Wege die Flächenstandardsrichtlinie in digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet im 4. Quartal 2017 um einen erneuten Bericht.

IV. Verschiedenes

1. Einladung zum Workshop „Schwierigkeiten und Erfolgsfaktoren von IT-Projekten im öffentlichen Dienst unter besonderer Berücksichtigung des Projekts KoPers Bremen“

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die als Tischvorlage verteilte Einladung der Senatorin für Finanzen zum Workshop „Schwierigkeiten und Erfolgsfaktoren von IT-Projekten im öffentlichen Dienst unter besonderer Berücksichtigung des Projekts KoPers Bremen“ zur Kenntnis.

(Schluss der öffentlichen Sitzung 16.29 Uhr.)

gez. Jens Eckhoff
Ausschussvorsitzender